



**You have downloaded a document from**  
**RE-BUŚ**  
**repository of the University of Silesia in Katowice**

**Title:** Aspekte interlingualer Analysen der Rechtsterminologie für translatorische Zwecke

**Author:** Jan Iluk

**Citation style:** Iluk Jan. (2014). Aspekte interlingualer Analysen der Rechtsterminologie für translatorische Zwecke. W: J. Iluk (red.), "Beiträge zur Linguistik : Grammatik, Pragmatik, Lexikologie, Rechtssprache" (S. 111-127). Katowice : Wydawnictwo Uniwersytetu Śląskiego



Uznanie autorstwa - Użycie niekomercyjne - Bez utworów zależnych Polska - Licencja ta zezwala na rozpowszechnianie, przedstawianie i wykonywanie utworu jedynie w celach niekomercyjnych oraz pod warunkiem zachowania go w oryginalnej postaci (nie tworzenia utworów zależnych).



UNIwersYTET ŚLĄSKI  
W KATOWICACH



Biblioteka  
Uniwersytetu Śląskiego



Ministerstwo Nauki  
i Szkolnictwa Wyższego

Jan Iluk  
*Uniwersytet Śląski, Katowice*

## **Aspekte interlingualer Analysen der Rechtsterminologie für translatorische Zwecke**

**The aspects of contrastive analysis of legal terminology for translation purposes**

### **Abstract**

The object of analysis here is Polish and German legal terminology, in which the following detailed aspects have been taken into consideration: prescriptive norms in the use of legal terminology, terminological differentiation in national legal systems (terminological regionalisms) and in branches of law, historical influences on terminology, differences in national and European legal terminology, the typology of terminological equivalence within the field of law, the degree of translation difficulty that depends on the type of equivalence and lapsological verification of terminological translations.

Key words: legal terminology, terminological differentiations, the typology of interlingual equivalence

### **Aspekty interlingwalnej analizy terminologii prawnej do celów translacyjnych**

### **Streszczenie**

Przedmiotem analizy są problemy przekładu terminologii prawnej w kontekście zachowania norm preskryptywnych obowiązujących w danych systemach prawnych i ich działach. Szczególna uwaga poświęcona została różnicom w zakresie motywacji nazw prawnych w języku polskim i niemieckim oraz wynikającym z nich translacyjnym trudnościom, stanowiącym poważne źródło błędów interferencyjnych.

Słowa kluczowe: terminologia prawna, ekwiwalencje terminologiczne, interferencja terminologiczna

## 1. Einleitung

Mit der *Verordnung (EG) Nr. 1393/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2007 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten („Zustellung von Schriftstücken“)* und zur *Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 des Rates* wurde die Pflicht eingeführt, dass die einem ausländischen Empfänger zuzustellenden Schriftstücke eines Gerichts in der Amtssprache des Zustellungs-ortes oder in einer Sprache abgefasst werden sollen, die er versteht. Demzufolge werden nach Art. 8 dieser Verordnung die im Wege der Rechtshilfe zuzustellenden Schriftsätze nur noch in die Fremdsprache übersetzt, ohne dass der Übersetzer die Möglichkeit bekommt, in die Urschriften des ausländischen ersuchenden Gerichts Einsicht zu nehmen, um sich auf diese Weise einen Überblick über die fremdsprachliche Fachterminologie der jeweiligen Rechtssache zu verschaffen.

Dieser Umstand bewirkt, dass der Übersetzer gezwungenermaßen häufiger zu einem Wörterbuch greifen wird, wenn er in einem Schriftsatz unbekannte terminologische Äquivalenzen ermitteln muss. Aus dieser Notwendigkeit erwächst der besonders hohe Anspruch auf Verlässlichkeit der Wörterbuchangaben zu terminologischen Rechtsäquivalenzen. Nach der Auffassung von de Groot und van Laer ist die Qualität der meisten zweisprachigen Rechtswörterbücher dürftig bis extrem schlecht.<sup>1</sup> Im Weiteren wird an ausgewählten Beispielen deutlich gemacht, dass die Äquivalenzangaben in Rechtswörterbüchern nicht immer zuverlässig sind. Aus diesen Gründen gewinnen unilaterale Vergleiche der Terminologie der Ausgangssprachlichen mit den Zielsprachlichen Rechtsordnungen an Relevanz. Die auf diesem Weg gewonnenen Erkenntnisse können zur Entwicklung zuverlässiger zweisprachiger terminologischer Wörterbücher sowie zur Verbesserung der terminologischen Kompetenz der Gerichtsübersetzer beitragen. Ein wichtiger Aspekt sind die sprachlichen Formen der Rechtstermini, da die Rechtssprache eine formgebundene Sprache ist. Mit kontrastiven Analysen können die bestehenden Unterschiede exakt erschlossen werden. Im Folgenden wollen wir zeigen, welche Aspekte in einer interlingualen Analyse der Rechtsterminologie zu berücksichtigen sind und wie sie sich auf die Übersetzungskorrektheit auswirken.

---

<sup>1</sup> „[...] publishing houses are offering numerous bilingual legal dictionaries to translators and lawyers. To translate between the different languages of the Member States of the European Union (EU) about one hundred seventy bilingual legal dictionaries are available. Regrettably, the quality of most of these dictionaries is poor to extremely bad” (DE GROOT/VAN LAER 2008: 1).

## 2. Präskriptive Normen für den Gebrauch von Rechtstermini in zu übersetzenden Schriftsätzen

Der Gesetzgeber definiert Rechtsbegriffe und gibt ihnen eine ausdrucksseitige Form und somit entsteht die Pflicht, die gesetzlich festgelegten Formulierungsnormen zu befolgen. Aus diesem Grunde zeichnen sich präskriptiv normierte Wortverbindungen durch hohe Formfestigkeit aus. Drängt die Rechtsordnung die Befolgung einer gegebenen Formulierungsnorm auf, so sprechen wir in Anlehnung an KJAER (1992: 52) von einer präskriptiven Norm.<sup>2</sup> Demzufolge werden in Schriftsätzen zum Vollzug von Prozesshandlungen die in Gesetzen verwendeten Termini in ihrer Form reproduziert, damit kein Zweifel an der beabsichtigten Rechtshandlung oder keine Interpretationsmissverständnisse entstehen. Dasselbe obliegt – soweit es möglich ist – dem Übersetzer, wenn er einen Schriftsatz in die Fremdsprache oder umgekehrt übersetzt, d.h. er hat bei der Übersetzung auf die in der jeweiligen Zielsprache geltenden präskriptiven Normen zu achten, damit die textnormative Äquivalenz erfüllt wird.<sup>3</sup> Diese setzt subjektiven Entscheidungen über die Form eines zu übersetzenden Rechtsbegriffs in der Zielsprache klare Grenzen.<sup>4</sup>

Im Weiteren wird an einigen Beispielen gezeigt, worin die präskriptive Norm im Gebrauch von Rechtstermini besteht und welchen interlingualen Problemen man bei der Übersetzung polnischer und deutscher Rechtsnamen begegnet. So zum Beispiel wird in polnischen juristischen und nichtjuristischen Texten die Wortgruppe *biologiczny ojciec* verwendet, deren Benennungsmotivik mit der deutschen Bezeichnung *biologischer Vater* übereinstimmt, die aber im deutschen Rechtssystem kein juristischer Terminus ist. Sie wird grundsätzlich auf Internetforen von Nichtjuristen gebraucht. In Gesetzestexten bzw. Urteilsprüchen wird ausschließlich die terminologisierte Wortgruppe *leiblicher Vater* verwendet, obwohl die denotative Funktion beider deutschen Namen gleich ist. Der Grundsatz der textnormativen Äquivalenz verlangt, dass der polnische Rechtsbegriff *biologiczny ojciec* in deutschen Rechtstexten ausschließlich mit *leiblicher Vater* wiedergegeben wird. In anderen Kontexten gilt diese präskriptive Norm nicht.

In der Prozessordnung wird dem Prozessgegner das Recht eingeräumt, auf eine gegen ihn gerichtete Klage mit einem Schriftsatz zu reagieren. Diese zum Vollzug der genannten Prozesshandlung erforderliche Erklärung trägt im

<sup>2</sup> In diesem Kontext spricht KIERZKOWSKA (2002: 90) von präskriptiver Terminologie.

<sup>3</sup> Ein Verfahren zur Ermittlung terminologischer Äquivalenz im juristischen Bereich, das auf Rechtsvergleich basiert, präsentiert Ł. ILUK 2013.

<sup>4</sup> Dass Übersetzer Rechtstermini im Zielsprachentext oft subjektiv bilden, zeugt die Tatsache, dass ein und derselbe Rechtsbegriff bei der Hinübersetzung auf verschiedene Weisen übersetzt wird. Mehr dazu in POHOSYAN 2005: 75.

Polnischen den Namen *odpowiedź na pozew*. Ein mit den Rechtsbegriffen der zielsprachlichen Rechtsordnung wenig vertrauter Übersetzer, der üblicherweise keine juristische Ausbildung hat, würde wahrscheinlich dazu neigen, den polnischen Begriff wortwörtlich ins Deutsche zu übertragen, deren Ergebnis die Lehnübersetzung *Antwort auf die Klage* wäre. Eine entscheidende Rolle spielten bei dieser Äquivalenzbildung die semantischen Primingprozesse und folglich der lexikalische Zugriff in der Zielsprache, der sich nach der häufigsten interlingualen Äquivalenzrelation richtet. Zwischen dem polnischen Lexem *odpowiedź* und seinen deutschen Entsprechungen besteht die asymmetrische Äquivalenzrelation der Divergenz, wonach einem Lexem in der Ausgangssprache mehrere Lexeme in der Zielsprache entsprechen, die in diesem Kontext nicht alternativ gebraucht werden können. Aus diesem Grunde erfüllt die gebildete Wortgruppe *Antwort auf die Klage* die präskriptive Norm nicht, da in der deutschen Zivilprozessordnung der Rechtsbegriff *Klageerwiderung* fungiert. Das in diesem Kontext zu verwendende Lexem *Erwiderung* fungiert statistisch seltener als Äquivalent des polnischen Lexems *odpowiedź*, so dass es bei der Konstruktion des zielsprachlichen Terminus nicht in Betracht gezogen und der Lehnübertragung als Übersetzungsstrategie Folge geleistet wird.<sup>5</sup> Die auf diese Weise konstruierte Entsprechung *Antwort auf die Klage* ist zwar verständlich, aber terminologisch inadäquat und in übersetzten Schriftsätzen zum Vollzug der vorgenannten Rechtshandlung unzulässig.

### 3. Terminologische Gebundenheit an Rechtsgebiete oder Teile eines Rechtsgebietes

Präskriptive Normen entscheiden nicht nur darüber, in welcher Rechtsordnung, sondern auch in welchem Rechtsgebiet einer Rechtsordnung oder sogar in welchem Teil eines Rechtsgebiets ein Begriff verwendet wird. Im Falle der Übersetzung des polnischen Mehrwortterminus *walne zgromadzenie* ins Deutsche kann man zwei Komposita gebrauchen: *Hauptversammlung* oder *Generalversammlung*. Obwohl ihr grundlegender Bedeutungsgehalt ähnlich ist, können sie nicht alternativ gebraucht werden. Mit *Generalversammlung* wird das höchste Organ in eingetragenen Genossenschaften, politischen und gesellschaftlichen Organisationen bezeichnet.<sup>6</sup> Der Name *Hauptversammlung* wird nach deutschem Recht ausschließlich im Gesellschaftsrecht verwendet.<sup>7</sup>

<sup>5</sup> Diese These unterstützt der Eintrag in *Wielki słownik polsko-niemiecki* (Warszawa 2008, 447), in dem zum Lemma *odpowiedź* nur das Äquivalent *Antwort* angegeben wird.

<sup>6</sup> Z.B. *Generalversammlung der Vereinten Nationen, Generalversammlung des Turnvereins*.

<sup>7</sup> Z.B. *Hauptversammlung des Unternehmens, Hauptversammlung der Daimler AG Fotos*.

Aus Ł. ILUKS (2013) Rechtsvergleichen geht hervor, dass im polnischen Strafrecht die Begriffe *nieletni* und *młodociany*, und im deutschen Jugendgerichtsgesetz *Jugendlicher* und *Heranwachsender* fungieren. *Młodociany* wird auch noch im polnischen Arbeitsrecht verwendet, während im deutschen Jugendarbeitschutzgesetz der Rechtsbegriff *Jugendlicher* und das Substantiv *Jugend* als Bestimmungsglied in terminologischen Zusammensetzungen gebraucht wird. Das Rechtswörterbuch polnisch-deutsch von KILIAN (2000: 165) gibt zum polnischen Lemma *młodociany* im Kontext des Arbeitsrechts das Äquivalent *Heranwachsender* an, das im vorhin genannten deutschen Gesetz nicht ein Mal vorkommt. Da es die präskriptive Norm nicht erfüllt, muss diese Äquivalenzangabe für inadäquat angesehen werden. Die Nichtberücksichtigung der Rechtsgebiete, in denen die Rechtsbegriffe verwendet bzw. nicht verwendet werden, hat in dem Wörterbuch die Konsequenz, dass zahlreiche Äquivalenzangaben inadäquat sind, wie etwa (KILIAN 1996: 323):

*Jugendarbeitslosigkeit* – \**bezrobocie wśród młodzieży*  
*Jugendarbeitsschutz* – \**ochrona pracy młodzieży*  
*Jugendstrafanstalt* – \**zakład karny dla nieletnich*  
*Jugendamt* – \**urząd do spraw młodzieży*

Adäquate Entsprechungen, die die präskriptive Norm erfüllen, sind:

*Jugendarbeitslosigkeit* – *bezrobocie młodocianych*  
*Jugendarbeitsschutz* – *ochrona pracy młodocianych*  
*Jugendstrafanstalt* – *zakład karny dla młodocianych*  
*Jugendamt* – *urząd do spraw małoletnich*

Demzufolge muss die Wahl der terminologischen Äquivalente im zielsprachigen Text auch deren Verwendungsrestriktionen Rechnung tragen, die ihren Gebrauch in bestimmten Rechtsgebieten limitieren. Um solche Fehler vermeiden zu können, sind die Gebrauchsbeschränkungen in einem Rechtswörterbuch konsequent zu markieren, indem das Rechtsgebiet oder sogar die Rechtsquelle deutlich angegeben wird, in der ein Terminus fungiert. Wie die wenigen Beispiele zeigen, verfährt das Rechtswörterbuch von KILIAN (2000) inkonsequent. Angaben dieser Art dürfen auch vom Übersetzer nicht ignoriert werden, da sie eine wichtige Information liefern, in welcher Rechtsquelle sie die Richtigkeit einer terminologischen Entsprechung eventuell verifizieren können.

#### 4. Terminologische Regionalismen

Unter terminologischen Regionalismen werden hier Rechtstermini in einer plurizentrischen Sprache verstanden. Die Rechtssysteme der deutschsprachigen Länder unterscheiden sich nicht nur im Inhalt der Rechtsvorschriften, sondern auch in ihrer Terminologie. Das Ausmaß der terminologischen Differenzen zwischen den österreichischen und deutschen Rechtstermini brachten die Arbeiten an der ATERM-Datenbank (ATERM-DB) ans Tageslicht. Danach

- weisen 1 500 österreichische Rechtstermini formale und/oder inhaltliche Unterschiede zum Rechtssystem Deutschlands auf,
- haben 386 österreichische Rechtstermini kein deutschländisches Äquivalent,
- haben 800 deutsche Termini kein österreichisches Äquivalent.<sup>8</sup>

Daraus folgt, dass ähnliche Rechtshandlungen, -institute und -zustände im deutschen, österreichischen, aber auch schweizerischen Rechtssystem anders bezeichnet werden und wie die Statistik zeigt, sind diese Benennungsunterschiede keine Randerscheinung. Demzufolge genügt es nicht bei der Ermittlung eines terminologischen Äquivalentes, sich nach der denotativen Bedeutung einer zielsprachlichen Entsprechung zu richten. Zusätzlich hat man die präskriptive Gebrauchsnorm zu befolgen, die im jeweiligen Rechtssystem Geltung hat. Sie entscheidet darüber, welche deutschsprachige Bezeichnung eines Rechtsinstituts in gegebenem Land als Äquivalent fungieren kann. Übersetzt man beispielsweise den polnischen Begriff *władza rodzicielska* in einem an einen österreichischen Adressaten gerichteten Text, ist nicht das deutschländische Äquivalent *elterliche Sorge*, sondern der nur in Österreich geltende Rechtsbegriff *Obsorge* zu verwenden.<sup>9</sup>

Die Ausübung der elterlichen Sorge (Obsorge) impliziert das Recht des Elternteils auf persönlichen Umgang mit dem Kind, wenn beide nicht im gemeinsamen Haushalt wohnen. Die terminologische Bezeichnung dieses Rechts heißt in Polen *prawo do kontaktów z dzieckiem*, in der Schweiz *Besuchsrecht* oder *Recht auf persönlichen Verkehr*, in der deutschen Rechtsordnung *Umgangsrecht* und im österreichischen Familienrecht *Recht auf persönlichen Verkehr*. Daraus folgt, dass bei der Übersetzung des polnischen Rechtsbegriffs ins Deutsche die Formulierungsnorm gewählt werden muss, die in der jeweiligen Rechtsordnung Geltung hat.

Dem polnischen Begriff *zasiłek rodzinny* stehen in der deutschen Sprache drei Begriffe mit der denotativen Bedeutung *finanzielle Unterstützung der Familien mit Kindern durch den Staat* zur Verfügung. Das sind *Kindergeld*, *Fami-*

<sup>8</sup> Die angegebenen Zahlen gelten nur für den im Rahmen des Projekts ATERM-DB untersuchten terminologischen Korpus, der 8500 Termini umfasste (MUHR 2010: 47 f.)

<sup>9</sup> Dieser Hinweis fehlt z.B. in KILIAN (2000: 399).



*lienbeihilfe* und *Kinderzulage*. Trotz ähnlicher denotativer Bedeutung darf man diese Termini in einer Übersetzung in die deutsche Sprache nicht alternativ verwenden, da sie an unterschiedliche Rechtssysteme gebunden sind. *Familienbeihilfe*<sup>10</sup> ist ein Element des österreichischen und *Kinderzulage*<sup>11</sup> des schweizerischen Familienförderungssystems. Im deutschen Familienförderungssystem wird zwischen *Kinderzulage* und *Kindergeld* unterschieden. *Kinderzulage* ist eine finanzielle Unterstützung für berechnigte Beamten. *Kindergeld*, das in Abhängigkeit von der Zahl und dem Alter der Kinder geleistet wird, ist eine staatliche Zahlung an Erziehungsberechtigte in anderen Berufsgruppen in Deutschland.<sup>12</sup>

Der polnische Terminus *nakaz zapłaty* bezeichnet einen Exekutionstitel. In der deutschen Rechtsordnung fungiert hierfür die terminologische Entsprechung *Mahnbescheid* und in der österreichischen und schweizerischen der Terminus *Zahlungsbefehl*. Das Wörterbuch von KILIAN (2000: 175) gibt nur das deutsch-ländische Äquivalent an und berücksichtigt die terminologischen Entsprechungen in den anderen deutschsprachigen Rechtsordnungen nicht. Bei Mangel an entsprechenden Informationen über die Gebundenheit eines Terminus an die jeweilige Rechtsordnung kann der unerfahrene Übersetzer davon ausgehen, dass ein im Wörterbuch ausgewiesenes fremdsprachliches Äquivalent in allen deutschsprachigen Rechtsordnungen mit derselben Bedeutung fungiert.<sup>13</sup>

Diese Beispiele zeigen, dass es eine adäquate Übersetzung eines Rechtsbegriffs in eine plurizentrische Sprache nicht möglich ist, wenn der Übersetzer über kein entsprechendes Wissen um die terminologischen Verwendungsbeschränkungen verfügt, denen die präskriptiven Gebrauchsnormen des jeweiligen Rechtssystems zugrunde liegen. Wie nachgewiesen, lassen Fachwörterbücher die Übersetzer oft im Stich, denn sie enthalten keine systematischen Informationen über den Grad der Gebundenheit eines Begriffs an eine Rechtsordnung und die daraus folgenden territorialen Beschränkungen hinsichtlich seines Verwendungsbereichs.<sup>14</sup> Um der interessierten Person die Ermittlung des adäquaten Rechtsbegriffs in

---

<sup>10</sup> Die Familienbeihilfe (früher auch Kinderbeihilfe) wird bis zur Berufstätigkeit des Kindes, höchstens jedoch bis zum vollendeten 25. Lebensjahr, jeden zweiten Monat ausbezahlt und ist unabhängig vom Einkommen der Eltern.

<sup>11</sup> Die Kinderzulage in der Schweiz ist eine monatliche Geldleistung pro Kind im Alter bis 16 Jahre.

<sup>12</sup> Diese Hinweise, die bei einer korrekten Übersetzung ins Deutsche helfen könnten, fehlen in KILIAN (2000: 444).

<sup>13</sup> Zu weiteren Unterschieden zwischen der deutschen und österreichischen Terminologie siehe MUHR (2010).

<sup>14</sup> Das Fachwörterbuch *Wörterbuch der Rechts- und Wirtschaftssprache*. Bd. 1: *Polnisch-deutsch* von A. KILIAN enthält keine Informationen über das Rechtssystem, in dem die ausgewiesenen deutschsprachigen Begriffsäquivalente verwendet werden. Auch die Rechtsquellen eines Rechtsterminus werden in diesem Wörterbuch unsystematisch angegeben, wie etwa bei *Umgangsrecht* (§ 1634 BGB), aber bei dem Lemma *Besuchsrecht* fehlt solch eine Angabe (KILIAN 1996: 606 und 121).



der Zielsprache zu erleichtern, müssten die Lemmata in einem zweisprachigen Rechtswörterbuch die begrifflichen Entsprechungen und systematische Angaben zu deren Gebundenheit an die jeweilige Rechtsordnung enthalten, wie etwa:

*władza rodzicielska* – elterliche Sorge (D und CH), *Obsorge* (AT)  
*prawo do kontaktów z dzieckiem* – Umgangsrecht (D), *Recht auf persönlichen Verkehr mit dem Kind* (AT und CH), *Besuchsrecht* (CH)  
*zasiłek rodzinny* – Kindergeld (D) oder *Kinderzulage* (D) – (dt. *Beamtenrecht* und (CH)), *Familienbeihilfe* (AT).

## 5. Deutsche und europäische Rechtstermini auf Deutsch

Ein noch kaum erforschtes und somit ein völlig unbekanntes Problem ist die Bildung und Verwendung von Bezeichnungen für Rechtsinstitute und Rechtshandlungen im europäischen und nationalen Recht auf Deutsch. Es erweist sich, dass sich die Terminologie im deutschen nationalen Recht und europäischen Recht auf Deutsch für dieselben Rechtsinstitute unterscheiden kann. So z.B. wird der Exekutionstitel im nationalen Recht *Mahnbescheid* und im europäischen Recht auf Deutsch *Zahlungsbefehl* bezeichnet.<sup>15</sup> Diese terminologische Differenzierung soll höchstwahrscheinlich signalisieren, dass diese Begriffe im juristischen Sinne nicht vollständig äquivalent sind.

## 6. Terminologische Historismen in der Rechtssprache<sup>16</sup>

Unter Historismen versteht man Bezeichnungen, mit denen Realien oder Begriffe aus vergangenen Epochen benannt werden. Terminologische Historismen in der Rechtssprache sind Bezeichnungen für juristische Institute und Zustände, die auf Beschluss der gesetzgebenden Gewalt aufgehoben und aus dem offiziellen Rechtsverkehr gezogen wurden. Dies ist der Fall, wenn eine Rechtsordnung außer Kraft gesetzt wird, eine neue Verfassung und demzufolge weitgehende Änderungen in den Gesetzbüchern erlassen werden. Das fand in der neueren und neuesten Geschichte Deutschlands im großen Umfang einmal nach Kriegsende und zum anderen Mal mit der Aufhebung des Rechtssystems der DDR statt. Sie geschah mit dem Einigungsvertrag vom 31. August 1990, mit dem die Rechts-

<sup>15</sup> Vgl. Art. 5 Richtlinie 2000/35/EG.

<sup>16</sup> Historismen können auch als Anachronismen interpretiert werden.

normen aus der Bundesrepublik im Beitrittsgebiet in Kraft traten und das DDR-Recht gleichzeitig außer Kraft gesetzt wurde.<sup>17</sup>

Rechtstermini können aber auch zu jeder Zeit aus dem juristischen Sprachgebrauch gezogen werden, so wie etwa der Begriff *elterliche Gewalt*, der im Rahmen der 1980 eingeführten Sorgerechtsreform in Deutschland und in der Schweiz mit der Wirkung zum 1. Januar 2000 durch den Rechtsbegriff *elterliche Sorge* ersetzt worden ist.<sup>18</sup> Die Gründe für diese terminologische Änderung liegen zum einen in der Mehrdeutigkeit des Begriffs *Gewalt* und somit in den semantisch kollidierenden Verwendungsweisen. Einerseits bedeutet er *Macht, Befugnis, das Recht und die Mittel, über jmdn, etw. zu bestimmen, zu herrschen* und andererseits impliziert er in der Kriminalprävention und insbesondere im Ausdruck *Opfer elterlicher Gewalt* strafrechtlich zu verfolgende Misshandlungen oder Körperstrafen von Eltern an Kindern. Zum anderen wurde durch die Begriffsänderung zum Ausdruck gebracht, dass das Elternrecht nicht mehr als Herrschaftsrecht über das Kind, sondern als ein dienendes Recht verstanden werden soll. Demzufolge gilt der Begriff *elterliche Gewalt* als terminologischer Historismus und ist in gegenwärtig angefertigten Übersetzungen nicht mehr zu gebrauchen. Aus diesem Grunde ist der polnische Rechtsbegriff *władza rodzicielska* in einer an einen deutschen oder schweizerischen Adressaten gerichteten Übersetzung mit *elterliche Sorge* und nicht mit *elterliche Gewalt* zu übertragen, auch wenn die ältere deutsche Bezeichnung semantisch, motivational und strukturell dem polnischen Terminus ähnlich ist. Eine Ausnahme stellen deutschsprachige Dokumente im Königreich Luxemburg dar, in denen beide Begriffe *elterliche Sorge* und *elterliche Gewalt* immer noch alternativ gebraucht werden, wie etwa im folgenden Zitat:

Wem obliegt in der Regel die elterliche Sorge für ein Kind? Während der Ehe gilt die allgemeine Regel, dass Vater und Mutter die elterliche Gewalt gemeinsam ausüben. Sind die Eltern nicht verheiratet, übt grundsätzlich die Mutter die elterliche Gewalt aus.

(in: *Elterliche Verantwortung – Luxemburg*, zuletzt aktualisiert am 04.07.2006)<sup>19</sup>

Wenn ein Elternteil mit dem minderjährigen Kind nicht im gemeinsamen Haushalt wohnt, hat das Kind und dieser Elternteil das Recht, miteinander persönlich zu verkehren. Sind die Eltern nicht in der Lage, selbstständig einen Besuchsplan zu vereinbaren, müssen die Kontaktmöglichkeiten eingeklagt und auf Antrag vom Gericht geregelt werden (§ 113 kro; § 148 ABGB). Der in

<sup>17</sup> Der Vertrag zwischen der BRD und der DDR über die Herstellung der Einheit Deutschlands trat am 29. September 1990 in Kraft.

<sup>18</sup> Vgl. Gesetz zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge vom 18. Juli 1979 mit Wirkung zum 1. Januar 1980 und Art. 296 des schweizerischen ZBG.

<sup>19</sup> Unterstreichungen von J.I.

diesem Kontext verwendeten polnischen Bezeichnung für die Rechtshandlung *ustalenie kontaktów z dzieckiem* entsprach bis Januar 2013 im österreichischen Recht der Begriff *Regelung des Besuchsrechts* (*Besuchsrechtsregelung*). Die letzte Reform des Kindschaftsrechtes vom 1. Februar 2013 ersetzte den bislang gebrauchten Rechtsbegriff *Besuchsrecht* durch den Terminus *Recht auf persönlichen Verkehr mit dem Kind*.<sup>20</sup> Somit ist der alte Begriff *Besuchsrecht* zum terminologischen Historismus geworden.<sup>21</sup> Demzufolge ist die oben genannte Rechtshandlung mit der aktuell geltenden terminologischen Wortgruppe *Regelung des persönlichen Verkehrs mit dem Kind* zu übersetzen.<sup>22</sup> Auch in deutschen Vorschriften zum persönlichen Umgang mit dem Kind begegnen uns die terminologischen Historismen *Besuchsrecht* und *Verkehrsrecht*.<sup>23</sup> Der aktuell geltende Terminus heißt *Umgangsrecht* und jede berechnigte Person kann *die Regelung des Umgangsrechts mit dem Kind* beantragen.<sup>24</sup> Aus diesem Grunde ist die Bezeichnung für die Rechtshandlung *ustalenie kontaktów z dzieckiem* in einem an einen deutschen Adressaten gerichteten Translat mit dieser terminologisierten Wortgruppe zu übersetzen. In anderen Textsorten gilt diese präskriptive Norm nicht, so dass die polnische Bezeichnung durchaus mit *Regelung des Besuchsrechts/Kontaktrechts* übertragen werden kann. Die Historismen fungieren dann als terminologische Dubletten und werden auch in der Fachkommunikation aus Gründen der fachlichen Routine bzw. der fachsprachlichen Kontinuität bei der Bezeichnung von Rechtsbegriffen verwendet. Der Zuverlässigkeit der Angaben in einem zweisprachigen Rechtswörterbuch halber sollten terminologische Historismen deutlich markiert werden, damit die textnormative Äquivalenz im Translat wegen veralteter Rechtsbegriffe nicht verletzt wird.

## 7. Rechtstermini aus konfrontativer Sicht

Ergebnisse konfrontativer Analysen gewähren fundiertere Einsichten in die bestehenden Ähnlichkeiten und Differenzen im untersuchten Sprachbereich. Mit diesem Wissen lassen sich Probleme bei der Verwendung des untersuchten Phänomens identifizieren, besser erklären und die Fremdsprachler gezielter dafür

<sup>20</sup> Vgl. Kindschafts- und Namensrechtsänderungsgesetz (KindNamRÄG 2013).

<sup>21</sup> Eltern sollen nicht bloß „Besucher“ sein. Deshalb ersetzte man das Besuchsrecht durch Kontaktrecht. Zu den Ursachen der terminologischen Änderungen in polnischen und ausländischen Familienrechtsvorschriften siehe in: JUSTYŃSKI 2011: 21 ff.

<sup>22</sup> Derselbe Terminus wird im schweizerischen Recht verwendet (Art. 275 ZGB).

<sup>23</sup> Vgl. CREIFELDS Rechtswörterbuch (<sup>10</sup>1990: 851).

<sup>24</sup> Vgl. Art. 1626, 1684 BGB.

sensibilisieren. Diese Bemerkung gilt auch für konfrontative Untersuchung der Rechtstermini. Aus den Ausführungen im ersten Teil des vorliegenden Beitrags folgt, dass bei der Festlegung der Äquivalenzbeziehungen neben der denotativen Funktion die präskriptive Gebrauchsnorm eines terminologischen Namens ausschlaggebend ist. Die präskriptive Gebrauchsnorm eines terminologischen Namens betrifft folgende Aspekte:

- die Kategorie und Zahl der Konstituenten eines Terminus,
- die Form ihrer Verbindung,
- die Selektion der Benennungsmotive.

Ihre Kombinationen im Sprachenpaar Polnisch-Deutsch ergeben folgende Äquivalenztypen zwischen den Mehrworttermini.<sup>25</sup>

**Typ 1:** Kategoriale und semantische Übereinstimmung der Konstituenten und ihrer Verbindungsart

Dazu zählen juristische Begriffe, deren grammatische Kategorie der Konstituenten, ihre Verbindungsart und die Selektion der Benennungsmotive in beiden Sprachen identisch sind.

<i>okoliczność obciążająca</i>	<i>belastender Umstand</i>
<i>rozwiązanie spółki</i>	<i>Auflösung der Gesellschaft</i>
<i>prawo do obrony</i>	<i>Recht auf Verteidigung</i>
<i>testament odręczny</i>	<i>handschriftliches Testament</i>

**Typ 2:** Kategoriale und semantische Übereinstimmung der Konstituenten, unterschiedliche syntagmatische Zusammensetzung ihrer Bestandteile

Diese Gruppe bilden äquivalente Termini, deren Konstituenten kategoriell und semantisch identisch sind. Der Unterschied besteht in der Art ihrer Zusammenfügung.

<i>oświadczenie woli</i>	<i>Willenserklärung</i>
<i>niezdolność do pracy</i>	<i>Arbeitsunfähigkeit</i>
<i>wynagrodzenie pieniężne</i>	<i>Vergütung in Geld</i>
<i>prawo dożywocia</i>	<i>Anspruch auf Leibrente</i>

**Typ 3:** Übereinstimmende Benennungsmotive, unterschiedliche Kategorie der Konstituenten und differente Art ihrer Zusammenfügung

Diesen Äquivalenztyp bilden Rechtsbegriffe, in denen eine Konstituente einer anderen grammatischen Kategorie angehört. Im Polnischen ist sie häufig ein Adjektiv und im Deutschen ein Nomen. Im Polnischen sind die Konstituenten flexematisch und im Deutschen kompositionell miteinander verbunden. Ihre Benennungsmotive sind identisch.

<sup>25</sup> Ausführliches zu den Äquivalenztypen und deren Subtypen in J. ILUK (2012a).

<i>forma pisemna</i>	<b>Schriftform</b>
<i>kara umowna</i>	<b>Vertragsstrafe</b>
<i>nakaz aresztowania</i>	<b>Haftbefehl</b>
<i>zwolnienie z aresztu</i>	<b>Haftentlassung</b>

**Typ 4:** Unterschiedliche Kategorie und Zusammenfügung der Konstituenten, divergente Motivwahl im Bestimmungsglied

Diesen Äquivalenztyp bilden juristische Namen, deren Kategorie des Bestimmungsgliedes, die Art der Zusammenfügung der Konstituenten und ihre Benennungsmotive sich interlingual unterscheiden.<sup>26</sup>

<i>pierwsza zmiana</i>	<b>Frühschicht</b>
<i>obrońca z urzędu</i>	<b>Pflichtverteidiger</b>
<i>obrona z urzędu</i>	<b>notwendige Verteidigung</b>
<i>niebezpieczeństwo matactwa</i>	<b>Verdunkelungsgefahr (D)</b>
<i>niebezpieczeństwo matactwa</i>	<b>Kollusionsgefahr (CH)</b>
<i>osoba fizyczna</i>	<b>natürliche Person<sup>27</sup></b>

**Typ 5:** Unterschiedliche Kategorie und Zusammenfügung der Konstituenten, unterschiedliche Motivwahl im Grundwort

Diesen Äquivalenztyp bilden juristische Namen, deren Kategorie des Bestimmungswortes, die Art der Zusammenfügung der Konstituenten und dessen Benennungsmotiv sich unterscheiden.

<i>stan majątkowy</i>	<b>Vermögenslage</b>
<i>zdolność kredytowa</i>	<b>Kreditwürdigkeit</b>
<i>lokal mieszkalny</i>	<b>Wohnraum</b>
<i>niezastosowanie aresztu</i>	<b>Haftaussetzung</b>
<i>uchylenie aresztu</i>	<b>Haftaufhebung</b>
<i>mienie ruchome</i>	<b>bewegliche Sachen (Fahrnis)</b>

**Typ 6:** Unterschiedliche Kategorie und Zusammenfügung der Konstituenten, unterschiedliche Motivwahl im Bestimmungs- und Grundwort

<i>odpowiedzialność cywilna</i>	<b>Haftpflicht</b>
<i>pismo procesowe</i>	<b>Schriftsatz</b>
<i>komasacja gruntów</i>	<b>Flurbereinigung</b>
<i>zaświadczenie o niekaralności</i>	<b>Führungszeugnis</b>
<i>nakaz płatniczy</i>	<b>Mahnbescheid</b>
<i>samorząd studencki</i>	<b>Studentenwerk</b>
<i>obawa matactwa</i>	<b>Verdunkelungsgefahr</b>
<i>środek zapobiegawczy</i>	<b>Sicherheitsleistung</b>

<sup>26</sup> Benennungsmotive sind Begriffsmerkmale, die zur sprachlichen Fixierung eines Rechtsbegriffs dienen.

<sup>27</sup> In diesem Beispielpaar weichen nur die Benennungsmotive der Bestimmungsglieder ab.

**Typ 7:** Einwortbenennung im Polnischen und Kompositum im Deutschen

Diesen Äquivalenztyp bilden juristische Namen, die im Polnischen Einwortbenennungen sind und häufig den Status eines Internationalismus haben. Die Entsprechungen im Deutschen sind dagegen Komposita.

<i>łapówka</i>	<i>Bestechungsgeld</i>
<i>pozew</i>	<i>Klageschrift</i>
<i>bigamia</i>	<i>Doppelehe</i>
<i>aport</i>	<i>Sacheinlage</i>
<i>zwrotka</i> (potwierdzenie odbioru)	<i>Rückschein</i>

**Typ 8:** Äquivalente Termini unterscheiden sich in der Anzahl und Semantik ihrer Konstituenten

<i>stwierdzenie <b>nabycia praw do</b></i>	<i>Erbschein</i>
<i>spadku</i>	
<i>stan <b>wyższej</b> konieczności</i>	<i>Notstand</i>
<i>(<b>szczególnie</b>) ciężka sytuacja</i>	<i>Härtefall</i>
<i>/<b>szczególnie trudny</b> przypadek</i>	
<i>spożycie napoju alkoholowego po</i>	<i>Nachtrunk</i>
<i>spowodowaniu wypadku drogowego</i>	
<i>w stanie nietrzeźwym</i>	
<i>zaostrezenie <b>warunków</b> więziennych</i>	<i>Haftverschärfung</i>
<i>zażalenie <b>na tymczasowy</b> areszt</i>	<i>Haftsbeschwerde</i>
<i>wyłączenie odpowiedzialności</i>	<i>Haftungsausschluss</i>
<i>cywilnej</i>	

**Typ 9:** Unterschiedliche Struktur und Kategorie der Konstituenten

Diesen Äquivalenztyp bilden juristische Namen, die im Polnischen aus zwei lexikalischen Konstituenten bestehen und im Deutschen die Form eines Kompositums haben, dessen Bestimmungsglied eine Präposition ist.

<i>prawo <b>pierwokupu</b></i>	<i>Vorkaufsrecht</i>
<i>umowa <b>przedwstępna</b></i>	<i>Vorvertrag</i>
<i>oskarżyciel <b>pośilkowy</b></i>	<i>Nebenkläger</i>
<i>poręczenie <b>wzajemne</b></i>	<i>Gegenbürgschaft</i>
<i>termin <b>dodatkový</b></i>	<i>Nachtermin</i>

**8. Äquivalenztypen und ihr Übersetzungsschwierigkeitsgrad**

Solange der Übersetzer keinen automatisierten Zugriff auf zielsprachliche Rechtsbegriffe hat, muss er sie im Translationsprozess konstruieren, indem er

unterschiedliche Strategien anwenden kann. Die verbreitetste Strategie ist die Lehnübersetzung, die darin besteht, dass man die Bestandteile eines Terminus Wort-für-Wort in die ZS übersetzt. Der Einsatz dieser Strategie ist möglich, wenn der zu übersetzende Terminus in der AS und ZS dem Äquivalenztyp I zugeordnet werden kann. Bei Äquivalenztyp II hat der Übersetzer auf eine differente syntagmatische Zusammensetzung der Begriffsbestandteile zu achten. Bei Äquivalenztyp III ist auf eine differente syntagmatische Zusammensetzung der Begriffsbestandteile zu achten und obendrein die grammatische Kategorie einer Konstituente in eine andere Wortart zu transponieren. Bei Äquivalenztyp IV, V und VI bestehen die Unterschiede in der Zusammenfügung der Bestandteile eines Terminus, ihrer Wortart und der Auswahl der Benennungsmotive im Bestimmungsglied, Grundwort und sogar in beiden Gliedern gleichzeitig, die eine Lehnübersetzung ausschließen. Wegen der großen Zahl der kognitiven Operationen, die bei der Konstruktion der deutschen Äquivalente notwendig sind, stellen sie die höchste Anforderung an den Übersetzer. Im Äquivalenztyp VII und VIII besteht der Unterschied in der differenten Anzahl und Semantik der Bestandteile eines Rechtsterminus und seiner zielsprachlichen Entsprechung. Bei deren Übersetzung müssen bestimmte Konstituenten hinzugefügt oder getilgt werden. Im Äquivalenztyp IX wird bei der Übersetzung eine lexikalische Konstituente eines polnischen Rechtsbegriffs in der Zielsprache durch eine Präposition wiedergegeben, die Bestandteil eines Kompositums ist. In beiden Fällen kommt es auf der Ausdrucksseite zu einer sichtbaren semantischen Reduktion.

Aus der kurzen Übersicht lässt sich schlussfolgern, dass man bei der Übersetzung von Rechtstermini stets auf die Kategorie und Zahl der Konstituenten, die Form ihrer Verbindung in einer Mehrwortbenennung, die Selektion der Benennungsmotive, die Zugehörigkeit zu der jeweiligen Rechtsordnung und die terminologische Gültigkeit zu achten hat. Der Schwierigkeitsgrad der Übersetzung eines Rechtsterminus hängt von der Anzahl und der Art der kognitiven Operationen ab, die bei der Konstruktion eines Begriffs in der ZS unerlässlich sind. Keine besonderen Schwierigkeiten stellt die Bedeutungsübertragung dar. Bei allen anderen steigt kontinuierlich der kognitive Aufwand, der notwendig ist, einen Terminus in der ZS korrekt wiederzugeben.<sup>28</sup> Die ausgewiesenen Unterschiede sind als potentielle Fehlerquellen zu betrachten, für die (angehende) Übersetzer gezielt mit entsprechenden Hinweisen in Wörterbüchern und translatorischen Übungen zu sensibilisieren sind.

---

<sup>28</sup> Ausführliches dazu in ILUK (2012b).



## 9. Lapsologische Verifikation der Angaben zum Übersetzungsschwierigkeitsgrad der ausgewiesenen Äquivalenztypen

Kritiker konfrontativer Untersuchungen weisen darauf hin, dass ein interlingualer Kontrast nicht automatisch zu einer fehlerhaften Konstruktion in der ZS führen muss. Dieser Auffassung ist nichts einzuwenden. Dennoch stellen die ermittelten interlingualen Unterschiede eine potentielle und ernst zu nehmende Fehlerquelle dar. Pohosyans (2005) lapsologische Untersuchungen zu den Sprachenpaaren Russisch-Deutsch und Ukrainisch-Deutsch, die am Beispiel der Wirtschaftsterminologie durchgeführt wurden, bestätigen, dass interlinguale Unterschiede zwischen Termini in zwei Sprachen eine beträchtliche Fehlerquelle darstellen.<sup>29</sup> Sein terminologischer Korpus von Berufsdolmetschern falsch gebildeter Termini in der Zielsprache Deutsch umfasst 534 Belege. Davon entfallen 43,6% aller Fehler auf unzulässige Übertragung der Zusammenfügung der Konstituenten in den übersetzten Termini, die hier im Äquivalenztyp II ausgewiesen sind.<sup>30</sup> 47,6% aller terminologischen Fehler bestehen darin, dass der Übersetzer die präskriptiven Normen verletzt hat, weil die von den Übersetzern möglicherweise benutzten Wörterbücher keine Hinweise auf notwendige Differenzierungen im Falle der asymmetrischen Äquivalenzrelation der Divergenz enthalten, auf deren Grundlage die Entscheidung Terminus – Nichtterminus, wie etwa in \*höchstes Gericht – oberstes Gericht, getroffen werden könnte. In dieser Gruppe entfallen 24% der fehlerhaft übersetzten Termini auf Interferenz der Form des ausgangssprachlichen Terminus und 63,9% auf falsche Übertragung der Benennungsmotivik einer Konstituente und 12,1% der Fehler auf quantitativ unterschiedliche Motivwahl eines Terminus.<sup>31</sup> Diese im Rahmen einer groß angelegten lapsologischen Analyse gewonnenen Daten bestätigen die Korrektheit der theoretischen Annahmen, mit denen die unterschiedlichen Interferenzbereiche und folglich der Schwierigkeitsgrad bei Übersetzung juristischer Termini sichtbar gemacht werden konnten (ILUK 2012b: 168 ff.). Er wächst mit dem Ausmaß der interlingualen Unterschiede insbesondere in den Äquivalenzgruppen IV und aufwärts. Etwa 60% der Fehler in diesen Äquivalenzgruppen bewirken, dass die inadäquat übersetzten Begriffe in einem zielsprachigen Schriftsatz unverständlich oder zumindest unklar sind (POHOSYAN 2005: 128), was in einem juristischen Translat unzumutbar ist.

<sup>29</sup> Das Fachgebiet hat keinen Einfluss auf die kognitiven Operationen, die bei der Übersetzung der Fachterminologie vollzogen werden. Aus diesem Grunde können wir die Daten aus Pohosyans Untersuchungen zu Unterstützung der aufgestellten Thesen zum Grad der Interferenzgefährdung im terminologischen Bereich benutzen.

<sup>30</sup> 19,3% dieser Interferenzfehler beruhen auf der mechanischen Übertragung einer Konstituente, die den Status eines Internationalismus hat. Mehr dazu in ILUK (2012b: 172).

<sup>31</sup> Siehe die Äquivalenztypen IV, V, VI und VIII.

## 10. Fazit

Der durch die eingangs zitierte EU-Verordnung beeinträchtigte Zugang zu juristischen Urschriften in der Fremdsprache sowie die unzulängliche Lemmatisierung von Rechtsbegriffen in zweisprachigen Wörterbüchern erschweren die terminologisch adäquate Übersetzung von Schriftsätzen in die Fremdsprache. Zu bedenken ist es auch, dass den realen Schwierigkeitsgrad einer Translationsaufgabe nicht nur die Terminologie, sondern viele andere Aspekte bestimmen, wie etwa Satzlänge, Flexions- und Syntaxregeln, Sachkenntnisse, Erfahrung u.a. Sie können rasch das Arbeitsgedächtnis überfordern, so dass der Übersetzer die Kontrolle über die interferenziellen Auswirkungen der muttersprachlichen Rechtsbegriffe verliert und unreflektiert die Nominationsmuster der Ausgangssprache in den zielsprachlichen Text überträgt.

Das vorgestellte Verfahren zur Ermittlung terminologischer Äquivalenzen erweist sich als ein zuverlässiges Instrument, mit dem man die bestehenden Differenzen zwischen den Rechtstermini aus verschiedenen Rechtsordnungen nuancenreich erfassen und somit die interferenzgefährdeten Aspekte einsichtiger machen kann. Die Erkenntnisse konfrontativer Analysen in vorgeschlagener Form können auch einen wichtigen Beitrag zur Präzisierung der Äquivalenzangaben in einem zweisprachigen Rechtswörterbuch leisten. Mit diesem Verfahren lässt sich auch entsprechendes Material für Übungszwecke für (angehende) Übersetzer und Dolmetscher zwecks Fehlerprophylaxe gezielt zusammenstellen.

## Bibliografie

CREIFELDS Rechtswörterbuch, <sup>10</sup>1990: München.

DE GROOT G.-R., VAN LAER C., 2008: *The Quality of Legal Dictionaries: an assessment*. In: *Maastricht Working Paper. Faculty of Law*. <http://arno.unimaas.nl/show.cgi?fid=13383> (Zugriff: 20.06.2013).

ILUK J., 2012a: *Terminologia prawna i prawnicza z perspektywy interlingwalnej*. In: „*Studia Linguistica*”, XXXI, S. 7–21.

ILUK J., 2012b: *Terminologia prawna i prawnicza z perspektywy translacyjnej*. In: „*Studia Germanica Gedanensia*”, 27, S. 161–175.

ILUK Ł., 2013: *Ustalenie ekwiwalencji terminologicznej dla celów leksykograficznych i translacyjnych na przykładzie pola terminologicznego małoletni, nieletni i młodociany i ich odpowiedników w języku niemieckim*. In: „*Studia Germanica Gedanensia*”, 29, S. 112–123.

JUSTYŃSKI T., 2011: *Prawo do kontaktów z dzieckiem w prawie polskim i obcym*. Warszawa.

- KIERZKOWSKA D., 2002: *Tłumaczenie prawnicze*. Warszawa.
- KILIAN A., 1996: *Słownik języka prawniczego i ekonomicznego niemiecko-polski/Wörterbuch der Rechts- und Wirtschaftssprache deutsch-polnisch*. Warszawa.
- KILIAN A., 2000: *Słownik języka prawniczego i ekonomicznego polsko-niemiecki/Wörterbuch der Rechts- und Wirtschaftssprache polnisch-deutsch*. Warszawa.
- KJAER A.L., 1992: Normbedingte Wortverbindungen in der juristischen Fachsprache (*Deutsch als Fremdsprache*). In: „Fremdsprache lehren und lernen“, 21, S. 46–64.
- KJAER A.L., 1999: Überlegungen zum Verhältnis von Sprache und Recht bei der Übersetzung von Rechtstexten der Europäischen Union. In: SANDRINI P. (Hrsg.): *Übersetzen von Rechtstexten. Fachkommunikation im Spannungsfeld zwischen Rechtsordnung und Sprache*. Tübingen, S. 61–79.
- MUHR R., 2010: ATERM: Vergleichende Rechtsterminologie Datenbank Österreich-Deutschland. In: MAŁGORZEWICZ A. (Hrsg.): *Translation. Theorie – Praxis – Didaktik*. Wrocław, S. 47–58.
- POHOSYAN A., 2005: *Übersetzungsprobleme in der Wirtschaftskommunikation. untersucht an Übersetzungen aus dem Russischen und Ukrainischen ins Deutsche*. [Dissertation]. Darmstadt (Zugriff: 22.05.2013).
- WIKTOROWICZ J., FRĄCZEK A. (Hrsg.), 2008: *Wielki słownik polsko-niemiecki*. Warszawa.